

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Oberdeutsche Zeitung. 1841-1843 1841**

311 (10.11.1841)

## Oberdeutsche Zeitung.

Die Oberdeutsche Zeitung erscheint täglich, und wird in Karlsruhe als Abendblatt ausgegeben. Der jährliche Abonnementspreis beträgt 8 R., wozu bei dem Bezug durch die Post noch die Expeditiongebühren kommen. Man abonniert in Karlsruhe bei der Expedition des Blattes (W. Braunsche Hofbuchhandlung), für außerhalb bei den betreffenden Postämtern.

Die großherzogliche Oberpostamt-Zeitungsexpeditoren Karlsruhe hat die Hauptredaktion übernommen. Für Frankreich abonniert man bei Herrn Alexander, Frankgasse Nr. 28, in Straßburg. Inverate aller Art werden aufgenommen und der Raum einer dreispaltigen Zeitspalte mit 3 fr. (bei dem zweiten und jedem folgenden Abdruck mit 2 fr.) berechnet.

Karlsruhe.

Mittwoch, 10. November

1841.

## Deutschland.

(Frankfurter Ober-Postamt-Zeitung.) Unter den fünf Primärmächten sind drei, welche durch ihre großen Land- und See-Streitkräfte in der ersten Reihe der europäischen Staaten stehen. Oesterreich und Preußen können diesen Rang nur in Betreff der Land-Streitkräfte in Anspruch nehmen. In Bezug auf die Seemacht vermag das gesammte Deutschland sich nicht einmal mit den Staaten zweiten Ranges zu messen. Die geographische Lage unseres Vaterlandes hat es nicht zu dieser untergeordneten Rolle auf dem Meere verurtheilt, sondern nur die eigene Sorglosigkeit und die Politik seiner Gegner. Nicht immer war Deutschland ohne Marine. Es gab Zeiten, wo ein Verein norddeutscher Handelsstädte, der Hansebund, die Ost- und Nordsee beherrschte; wo die Niederländer, Friesen, Holländer, deutsche Stämme und Reichsglieder, die besten Seelente lieferten; wo der deutsche Handel der ausgedehnte und blühendste in ganz Europa war. Forchten wir nach den Ursachen, wie es kommen konnte, daß Deutschland in solcher Weise von seiner früheren Höhe herabsank, so werden wir dieselben leicht finden. Daß die Niederlande, welche das ganze Mittelalter hindurch deutsche Landschaften waren, mit Burgund und sodann mit Spanien vereinigt wurden, legte den ersten Keim zu dieser für Deutschland so traurigen Veränderung. Als aber nach dem Abfalle der Niederlande von Spanien der neuen Republik durch Englands und Frankreichs Bemühungen eine vom deutschen Reiche unabhängige Stellung verschafft wurde, war die deutsche Marine dem Mutterlande entzogen, und einem Lande gegeben, welches, im Besitze der Mündungen des größten deutschen Stromes, sich des Seehandels für Deutschland bemächtigte, und dadurch so ungeheure Reichthümer aufzubäufen im Stande war. Da auch zu gleicher Zeit durch England (besonders unter der Regierung der Königin Elisabeth) und durch Holland der Hansestädte Seemacht und ihr Handel niedergedrückt ward, so empfand man bald im deutschen Reiche um so fühlbarer den Verlust der Marine, als gerade damals durch die neuen Seestaaten im Westen Europa's die Staatenverhältnisse eine ganz veränderte Gestalt erhalten hatten. — In der zweiten Hälfte des sechzehnten und im Anfang des siebenzehnten Jahrhunderts waren die deutschen Kaiser durch die kirchlichen Streitigkeiten und die Türkenkriege zu sehr beschäftigt, als daß sie an deutschen Handel, an deutsche Schifffahrt, an deutsche Marine denken konnten. Der Kaiser Ferdinand II. jedoch übersah nicht die Wichtigkeit dieser Dinge. Er schickte im Jahr 1628 den Grafen Georg Ludwig von Schwarzenberg an den Konvent der Hansestädte nach Lübeck mit Anträgen, die darauf hinstielen, das deutsche Volk von dem Handelsdruck fremder Nationen allmählig frei zu machen, und ihm wieder eine starke deutsche Marine zu schaffen. Der kaiserliche Gesandte trug den Hansestädten vor: „Nachdem der Allmächtige dem Kaiser so weit Ruhe verschafft, daß er an Wiederherstellung Dessen, was hin und wieder im Reiche in Unordnung gerathen, denken könne, wolle er auch die notwendige Wiederbringung Dessen, was zur Beeinträchtigung der Reichsrechte von benachbarten und andern Nationen gehandelt worden, nicht länger seern lassen, sondern die geeigneten Mittel mit solchem Nachdruck ergreifen, daß das Werk mit Gottes Hilfe so bald nicht werde zu Grunde fallen können. Niemand, der die Verhältnisse zu beurtheilen wisse, werde Dies dem Kaiser verdenken. Denn was könnte einer so ansehnlichen, volkreichen, streitbaren, mächtigen Nation, als die deutsche ist, verkleinerlicher, schimpflicher, spöttlicher seyn, als daß sie sich von andern, mit ihr nicht zu vergleichenden Völkern auf ihren eigenen Meeren und Flüssen Rechte und Gesetze vorschreiben lassen, und denselben *volens volens* gehorchen müßte. Was sey der Zoll im Grunde anders, als ein schädlicher und schändlicher Tribut

über ganz Germanien, so daß sich wohl Leute öffentlich hätten verlauten lassen, es sey dies ein rechter Zaum, wodurch man die deutschen Hansestädte zum Zoll bringen und sie dabei, es sey ihnen lieb oder leid, behalten könne. England habe die Hansestädte ihrer uralten, mit Gut und Blut theuer erworbenen Privilegien und Freiheiten ohne weiteres beraubt, und obendrein die deutsche Redlichkeit und Ehre durch den dafür gebrauchten Vorwand höchlich beschimpft. Dasselbe sey aber hierbei nicht stehen geblieben, sondern, nachdem es die Monopolen und Propolen in seinem Lande verbannt und verdammt habe, sich mit eben solchen den Deutschen mitten ins Nest gesetzt, den ganzen Tuch- und andern Handel an sich gezogen, den Deutschen das Zusehen dabei gelassen, und dadurch viele Millionen aus den Säcken der Leihern heimgeführt.“ — Bei der Fortsetzung des dreißigjährigen Krieges konnte Kaiser Ferdinand II. seine Pläne nicht ins Werk setzen. Der westphälische Friede, dessen Hauptbestimmungen von Frankreich und Schweden diktiert wurden, zerstörte die letzten Trümmer der deutschen Marine und des deutschen Seehandels, indem man den Holländern, deren Unabhängigkeit vom deutschen Reiche damals zuerst ausgesprochen ward, die Rheinmündungen zur freien Disposition darüber, den Schweden aber die besten Häfen an der Nord- und Ostsee und bedeutende Küstenländer an diesen Meeren überließ. Man ging offenbar darauf aus, Deutschland ganz vom Meere abzuschneiden, es zu einem Binnenlande zu machen. Da das ganze gemeinsame Wohl der deutschen Nation immer mehr von den Sonderinteressen der einzelnen Staaten in den Hintergrund gedrängt ward oder ganz unbeachtet blieb, so konnten die Feinde, welche es auf die politische Vernichtung Deutschlands abgesehen hatten, ohne große Anstrengungen ihre kühnsten Pläne auszuführen. Jeder Versuch, sich aus der Erniedrigung, welche durch die unglückliche Zerrissenheit Deutschlands herbeigeführt worden, zu erheben, ward durch Frankreich, England, und Holland verhindert. Die von Kaiser Karl VI. zu Ostende errichtete ost- und westindische Handelsgesellschaft mußte er wenige Jahre nach ihrem Bestehen wieder aufheben, weil die Holländer es so wollten, und die Franzosen und Engländer sie dabei unterstützten. Als Kaiser Joseph II. die gesperrte Mündung der Schelde öffnen und freie Schifffahrt auf dem Fluß wiederherstellen wollte, vermittelte Frankreich zu Gunsten Hollands in der Weise, daß es bei der Sperrung verblieb. — So lastete lange Zeit ein schimpflicher Handelsdruck fremder Nationen, den das einzige Deutschland nie hätte zu ertragen brauchen, auf unserm Vaterlande. Jetzt, wo die Einigkeit und Kraft Deutschlands wieder gewonnen, und die Schifffahrt auf den deutschen Strömen bis in das Meer frei geworden; jetzt, wo die deutsche Industrie so schön aufblüht, und in den deutschen Gauen der Handel überall einen neuen Aufschwung nimmt, möchte es an der Zeit seyn, an eine deutsche Bundesflagge, an eine deutsche Marine, an einen deutschen Seehandel zu denken. Es kann sich hier nicht allein um das Interesse einzelner weniger Städte, welche übrigens schon durch ihre günstige Lage gewinnen müssen, handeln, sondern um das des gesammten Deutschlands. Will man ernstlich Hand ans Werk legen, so werden die mannigfachen Schwierigkeiten, die sich der Ausübung entgegensetzen, wohl zu überwinden seyn. Nur wenn aus Selbstsucht das Gemeinwohl aus den Augen gesetzt wird, mögen unüberwindliche Schwierigkeiten erhoben werden. Unser Vaterland hat eine Marine notwendig für seine politische Bedeutung und Sicherheit, für seinen Handel, für seinen innern Wohlstand. In Deutschland jetzt wirklich in Einigkeit erstarkt, so wird die Herstellung einer Marine in der nächsten Zukunft eine Gewissheit seyn.

○ Berlin, 4. Nov. Wie man es voransagte, hat die holländische Regierung die Hoffnungen auf Erneuerung des in

Stocken gerathenen Handelsvertrages keineswegs aufgegeben. Die wohlrechnenden Kaufleute an der Maas verstehen es, ihre Bilanz so zu ziehen, daß sie mit der größten Trennberzigkeit von der Welt ihr Hauptbuch aufschlagen, und zu ihren überdölpelten Kunden sagen können: „Seht her, unser Vortheil ist noch weit mehr der eure, und hier ist die Rechnung, die euch beweist, wie eigennützig wir sind.“ Solche Rechnungen sind denn allerdings ein sehr blendendes Schaustück. Wir haben die Promemorias, Darstellungen, und Nachweise noch nicht vergessen, mit deren Hilfe der erste, die deutsche Zuckerindustrie vernichtende Handelsvertrag geschlossen wurde. Die Ausfuhr nach den Kolonien an deutschen Produkten und Fabrikaten war darin auf mehr als dreißig Millionen Gulden berechnet; — man frage, was sich davon erfüllt hat? Die Einfuhr aus Holland stellte sich genau auf ebenfalls dreißig Millionen; — man weiß aber jetzt aus den Zollregistern, um wie viel sie diese Angabe überstieg. Und wie zart wußten unsere werthen Nachbarn dem guten deutschen Meißel, den sie so von Herzen zum besten haben, um den Bart zu gehen, und ihn wohlthuend zu sigeln! „Es ist baarer Unsinn, mein guter Meißel, daß du Zucker machen willst, den wir dir weit billiger und besser liefern können; aber wenn du Einsicht hast, sollst du großmüthig belohnt werden. Die Geschichte mit dem *jusqu' à la mer* ist jetzt ein alter Spas, der nicht weiter in Betracht kommen kann, aber wir wollen die Bölle nachbarlich herabsenken, von 40 bis auf 30, oder gar auf 20 Proz., und es kann sogar seyn, es ist möglich, aber später erst, wenn wir sehen, daß du artig bist, daß wir im Uebermaß von Liebe noch größere Dyster bringen, denn es ist uns lediglich um dich zu thun.“ Item, der Ton scheint der rechte gewesen zu seyn, denn er führte zum Ziele, und was damals angeklagen hat, das hält man noch jetzt für vollgültig. Zuerst schmeichelt man uns, um uns hinterher als Dummköpfe zu behandeln, die kein besseres Schicksal verdient hätten. Es klingt wie der äußerste Grad des Spottes, wenn die holländische Presse uns dabei mit feierlichem Ernst ermahnt, doch nicht zwei Brudervölker gegen einander aufzureizen, doch nicht Groll gegen Holland, gegen das treue, Deutschland so anhängliche Holland in die Herzen des guten deutschen Volkes zu bringen. Liebenswürdige Schalkheit! Bileams Hiel hat nicht deutlicher gesprochen, als diese holländischen Menschenfreunde. Nein, dem Himmel sey Dank, daß die öffentliche Stimme endlich erwacht ist, daß sie sich mit seltener Einigkeit gegen das alterthümliche Unrecht ausdrückt, und daß die deutsche Nation so den Willen als die Macht hat, die Zukunft anders zu machen.

Folgendes ist die Fassung des von dem Justizminister Mähler, in einem an den König erstatteten Generalbericht über die preussischen Justizverwaltung, gestellten Antrags auf Einführung des mündlichen Verfahrens im Kriminalprozeß: „Für eine Aenderung im Untersuchungsverfahren erheben sich die Stimmen immer lauter. So wie das mündliche Verhandeln in Gegenwart der Richter bei Zivilsachen immer mehr Eingang und Würdigung findet, so treten auch vielseitig Wünsche hervor, daß das Verfahren in Untersuchungssachen in ähnlicher Art umgestaltet, und der Angeklagte zum mündlichen Verhör vor den Richtern, die über ihn urtheilen sollen, gelangen möge. Man hält Dies wenigstens bei einer gewissen Klasse von Verbrechen, namentlich den minder schweren, für sehr zweckmäßig; ein abgekürztes Verfahren für die Untersuchung der geringern Vergehen aber sogar für nothwendig. Andeutungen, daß der Wunsch nach einem abgekürzten Strafverfahren allgemein sey, habe ich mir bereits in meinem Generalbericht für das Jahr 1836 zu geben erlaubt, mit dem Bemerkten, daß er seine völlige Berücksichtigung erst werde finden können, wenn die Revision des materiellen Strafrechts zu einem festen Resultate gediehen seyn werde. Nachdem diese Revision nunmehr die allgemeinen Theile des Strafrechts durchschritten hat, dürfte es an der Zeit seyn, auch die Idee eines abgekürzten Untersuchungsverfahrens wieder aufzunehmen, und die Veränderung vorzubereiten. Mit Ueberzeugung theile ich die Ansicht, daß ein wesentlicher Vorschritt für das Untersuchungsverfahren gethan würde, wenn die Untersuchung in ihren Hauptmomenten vor den das Urtheil sprechenden Richtern geführt werden, wenn die Richter den Angeklagten und die Zeugen selbst sehen und hören könnten. Anßer der Abkürzung, welche der Gang des in den Formen der Kriminalordnung oft langwierigen und deshalb kostspieligen Verfahrens gewinnen würde, stellt sich hauptsächlich das Vertrauen, welches sich im Angeküh-

digten wie im Publikum durch die eigene Wahrnehmung, daß und wie die Richter von den Thatfachen, auf die es ankommt, unterrichtet werden, gründlich befestigen muß, als ein für die Zwecke der Kriminal-Rechtspflege höchst wichtiger Vortheil hin. Ein solches, von dem bisherigen abweichendes Untersuchungsverfahren wird, wie sich nicht verkennen läßt, theils in der Verfassung der Gerichtsbehörden, theils in andern Verhältnissen einige Schwierigkeiten antreffen. Dennoch ist die Einführung desselben, wenigstens in einer gewissen Beschränkung, und namentlich für die minder schweren Verbrechen, sehr wohl möglich. Die Hindernisse lassen sich beseitigen, und die Aenderung wird selbst ohne erhebliche Mehrkosten für die Staatskassen geschehen können. Es bedarf jedoch dazu eines neuen Instituts, ohne welches das mündliche Verfahren in Untersuchungssachen seinem innersten Wesen nach nicht bestehen kann, d. i. eines öffentlichen Ministeriums. Das öffentliche mündliche Verfahren vor den Richtern bedingt den Anklageprozeß, dieser macht ein Organ der Staatsgewalt unentbehrlich. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen zeigt sich aber die Errichtung eines öffentlichen Ministeriums sehr leicht ausführbar. Die Geschäfte haben sich bei den meisten Obergerichten vermindert. Es wird sich bewerkstelligen lassen, daß bei jedem Obergericht ein Rath das Amt eines Staatsanwalts übernimmt, welchem aus der Zahl der unbesoldeten Assessoren Schiffsen beigeordnet werden können. Der Staatsanwalt könnte auch die Wahrnehmung des fiskalischen Interesses bei Prozessen, in welchen der Fiskus Partei ist, übertragen erhalten, vielleicht noch andere Funktionen, die das öffentliche Interesse betreffen, und die gegenwärtig unzuweckmäßig in dem Amte des Richters begriffen sind. In ähnlicher Art würde sich bei den größeren Untergerichten ein Ausweg finden lassen, wie eine Vertretung der Staatsgewalt bei den mündlichen Untersuchungsverhandlungen einzurichten sey. Die Zunahme der Verbrechen fordert zu Maßregeln auf, die ihr entgegenwirken. Die kräftigsten bestehen in schneller Untersuchung und Strafvollstreckung. Sie kann nur erreicht werden, wenn die bei Vermehrung der Arbeit unzureichenden Arbeitskräfte verstärkt oder neue Formen der Untersuchung eingeführt werden, welche schneller und mit Erleichterung der Beamten zum Ziele führen. Sw. Maj. bitte ich in tiefster Ehrfurcht, allergnädigst zu gestatten, daß Allerhöchstdieselben Vorschläge zur Einführung des mündlichen Verfahrens in Untersuchungssachen mit Anklageprozeß und Voruntersuchung durch einen Instruktionsrichter, und zur Errichtung eines öffentlichen Ministeriums vorgelegt werden dürfen. Die aus der Rheinprovinz über die Nachtheile der durch die allerhöchsten Kabinettsordern vom 6. März 1821 und 2. August 1834 erfolgten theilweisen Einführung der preussischen Strafgesetze für gewisse Arten von Verbrechen, namentlich die Verbrechen gegen den Staat und dessen Oberhaupt, so wie für die Beamtenvergehen, erhobenen Klagen sind schon zu Sw. Maj. Kenntniß gelangt. Allerhöchstdieselben haben durch die Order vom 3. August d. J. eine Prüfung dieses Gegenstandes, und wenn es erforderlich scheint, schleunige Abhilfe zu befehlen geruht. Es ist bemerkenswerth, wie sehr sich in der Rheinprovinz die Ueberzeugung von den Vorzügen des dortigen Strafverfahrens ausdrückt, während in den alten Provinzen die Stimmen für eine Reform des preussischen Untersuchungsverfahrens nach Ähnlichkeit des rheinischen Verfahrens immer lauter werden. Es zeigt sich hierin eine Uebereinstimmung der Ansichten, welche auf ein begründetes Bedürfnis des Volkes hinführt, und zu beweisen scheint, daß diesem die Form des preussischen Untersuchungsverfahrens nicht mehr entspricht.“

**Königsberg, 31. Okt.** Man hört gegenwärtig öfter, als früher, von bedauernden Gränzkonflikten mit unsern russischen Nachbarn. Vor kurzem gingen aus der preussischen Gränzstadt Neidenburg etwa sechzig Personen katholischen Glaubens, Männer und Frauen, nach einer auf dem nahen russischen Gebiete gelegenen katholischen Kirche, wie Dies an Festtagen schon früher geschehen, weil in Neidenburg und der nächsten preussischen Umgebung sich keine solche befindet. Dort angelangt, werden sie plötzlich von russischen Polizeibeamten und Soldaten überfallen, festgenommen, und in einen Stall gesperrt. Inzwischen gelingt es dreißig von ihnen, zu entspringen, und durch unwegsame Wälder sich nach Preußen zurückzuschleichen. Von diesen erfährt der dortige Landrath Hr. v. Begullhen das Vorgefallene, fährt sogleich über die Gränze, und verlangt von den russischen Behörden die Freilassung der Verhafteten. Durch das anfangs impertinente und beleid-

gende Benehmen russischer Unterbeamten keineswegs zurückgeschreckt, obwohl längere Zeit durch ihre leeren Ausflüchte hingehalten, erzwungen sich zuletzt sein entschlossenes Auftreten die Freigebung der Unglücklichen, die schon zur weiteren Deportation ins Innere von Rußland bestimmt waren, nachdem er eine Kaution von 10 Tblr. für jeden Kopf geleistet hatte. Natürlich ging sogleich eine Beschwerde über diesen Vorfall ans Ministerium nach Berlin, und obwohl dieses bei ähnlichen Anlässen, die sich im Anfange dieses Sommers ereigneten, trotz der von der Regierung zu Königsberg eingereichten dringenden Beschwerden geschwiegen hat, ist man doch sehr gespannt auf seinen Entschluß. (Hamb. N. Z.)

Meldungen aus **Franken** zufolge werden auch im nächsten Frühjahr wieder viele Familien und Einzelne von dort, namentlich auch Israeliten, nach Amerika auswandern. Bestätigen sich desfallsige Gerüchte, so wäre es leider abermals von Hamburg aus gelungen, neue Schaaren von auswanderungslustigen Deutschen zur Ueberfiedlung nach Brasilien und in andere Südländer zu gewinnen, wo dem armen Weißen nur höchst selten eine andere Aussicht, als der Tod im tiefsten Elende bevorsteht. (Schwäb. Merk.)

**Hannover**, 6. Nov. Seit einigen Tagen hört man behaupten, die Berufung der allgemeinen Ständeversammlung stehe nahe bevor, indem das Kabinett Aussicht habe, einen Bundesbeschluß wegen der Kontingente, welchen dasselbe bekanntlich erst abwarten wollte, in kurzem zu erhalten. Hinzugefügt wird, daß seit einigen Tagen deshalb auch schon Befehl gegeben worden, auf dem platten Lande die Vorwahlen bereits jetzt, noch ehe der Landtag berufen worden, vorzunehmen. Man wird bald hören, ob dieses Gerücht gegründet. Jedenfalls wäre es ein ganz neues Experiment; indessen ist in dergleichen Dingen schon seit mehreren Jahren nil admirari unsere Devise. Erzählt wird auch noch, daß der Geheimrevisor v. Lütken (der, wie bekannt, den Vertrieb der Wahlangelegenheiten auf eigene Verantwortung übernommen) gegenwärtig reife, um auf angenehme Wahlen hinzuwirken. Das geschriebene Wort ist gefährlich, wie die Untersuchung gegen den Magistrat gelehrt hat; mündliche Instruktionen unter vier Augen bleiben und binden nicht. Was die Beamten betrifft, so werden sie am besten wegkommen, wenn sie Hrn. v. Lütken den Willen thun, da er im Kabinett zugleich der Referent in Bestallungssachen ist. Ohnehin ist das alte Anciennitätsprinzip, in welchem doch eine Art von Gerechtigkeit war, längst bei Seite gesetzt, wovon die Beweise tagtäglich vorkommen. — Die Nachricht, daß auch von Seiten Hannovers der Beitritt zum großen deutschen Zollverein zu erwarten sey, ist gänzlich ungegründet. So sehr dieser Beitritt auch Bedürfnis und allgemeiner Wunsch des Landes ist, (bekanntlich ist aus verschiedenen Gegenden deshalb petitionirt,) so sehr auch dieser Beitritt, so zu sagen, jetzt eine Naturnothwendigkeit geworden, und so sehr auch die bisherige Isolirung allen Interessen des Landes hemmend entgegentritt, so ist doch an einen Beitritt jetzt und fürs erste auf keine Weise zu denken. Wir haben vielmehr guten Grund, zu glauben, daß die in den letzten Monaten bemerkte Annäherung unseres und des herzoglich braunschweigischen Hofes nicht ohne einen sehr bedeutenden Einfluß auf die Art und Weise des Anschlusses von Braunschweig geblieben ist.

**Stuttgart**, 8. Nov. Ihre kön. Hoh. die Großherzogin von Baden ist gestern Abend mit ihrer durchlauchtigen Tochter, der Prinzessin Alexandrine, hier angekommen und im Hotel Marquardt abgestiegen. (Schwäb. N.)

### Belgien.

**Brüssel**, 5. Nov. H. M. der König und die Königin, die gestern der Vorstellung der Hugenotten bewohnten, wurden bei ihrem Eintreten, und als sie sich zurückzogen, mit einstimmigem Hochruf empfangen. Während des vierten Aktes hörte man in der Nähe der Leopoldstraße einen starken Knall, der sich bald an dem Münzplatze und später in der Trödelstraße wiederholte, einen augenblicklichen Zulauf von Neugierigen, ein Herbeistellen der Polizei und einer Streifwache, und das Heraustrreten der Theaterwache veranlaßte, übrigens aber ohne alle Bedeutung und nur ein schlechter Scherz war, da der Knall jedesmal von einer geworfenen Rakete herrührte. — Die drei an der Gränze verhafteten Frauenzimmer, so wie der Ex-Kapitän der Freiwilligen, Hr. Perria, sind wieder in Freiheit gesetzt worden. — Die Blätter haben mit Unrecht gemeldet, daß sich Hr. de Vast auf der Flucht

befinde. Er geht frei in Brüssel umher. — Nach dem „Nouvelles de Bruges“ hatte man acht Tage vor Entdeckung des Komplotts in Brügge einen Adjutanten des Königs von Holland gesehen. Dort sprach man ebenfalls viel von verdächtigen Leuten, die um jene Zeit von gewissen Personen gehalten worden waren. So antwortete am 28. Oktober ein gemeiner Soldat, über sein freundliches Aussehen befragt, daß man bald mit den Reichen so ein Ende machen werde. Am folgenden Tage äußerte ein Mann, der öffentlich als Mitglied einer geheimen Gesellschaft bekannt ist, in Gegenwart mehrerer Personen vor dem Laden eines Bildhändlers, indem er seinen Blick auf ein Porträt des Königs richtete: „Leopold, binnen wenigen Tagen wird es für dich heiß werden.“ (N. u. N. Z.)

(Journal de Bruxelles.) Der Entdeckung des Komplotts verdanken wir die Kenntniß des Plans der Wiederherstellung einer geheimen Gesellschaft, jener der Tempeler, womit sich der General Vandermeer beschäftigte, der sich schon Großmeister dieses geheimen Ordens nannte. Die Loge sollte auf dem Boulevard Observatoriums errichtet werden.

Die Lütticher Tribüne erzählt: Als der König von Holland in Luxemburg war, wurde er in Auftrag Ludwig-Philipp's von General Achar bekomplimentirt. Der König sagte dabei im Verlauf des Gesprächs: „Die Unabhängigkeit Belgiens ist eine Schimäre. Frankreich wird die wallonischen und ich die flandrischen Provinzen nehmen.“ Diese Worte sollen von Ludwig-Philipp dem König Leopold mitgetheilt worden seyn. Die Regierung soll auch genaue Nachricht über Untriebe erhalten haben, die im Haag zu Unterstützung des Komplotts stattgehabt haben. — Die holländischen Blätter stellen bekanntlich Dies Alles in Abrede.

### Niederlande.

(Rhein- und Moselzeitung.) Während der König-Großherzog dem preussischen Gesandten seine Weigerung, den Luxemburger Zollvertrag zu genehmigen, anzeigen ließ, erhielt die sämtliche diplomatische Körperschaft im Haag ein Rundschreiben, welches die Gründe dieser Weigerung angab, mit der Bemerkung, es sey Dies für erforderlich gehalten worden, weil der preussische Gesandte einer Sache von so geringem Belang eine fast europäische Wichtigkeit gegeben habe. Man darf wohl zu der preussischen Regierung das Vertrauen hegen, daß sie in dieser Sache, worin sie nicht allein für sich, sondern im Namen und Auftrag aller Zollvereins-Staaten unterhandelte, gegen die zugefügte Unbill mit allem Nachdruck aufgetreten ist, den die Rücksicht auf deutsche Ehre und deutsches Interesse, vor Allem Holland gegenüber, erfordern mußte. Eine kräftige Einsprache von unserer Seite mag jenes Land bestreben, das seit lange unter allen unsern Eigenschaften nur unsere Gutmüthigkeit und unsere Langmuth zu bewundern, zu beneiden, und insgeheim zu belächeln Gelegenheit hatte. Wir aber hoffen, daß es diesmal nicht bei dem ersten Worte sein Bewenden haben, sondern daß geeignete Maßregeln unserm Nachbar fühlbar zeigen werden, daß die Zeit der Wortdeuterei, die Zeit frechen Neckens und Zerrens verstrichen ist, daß Verträge zur Wahrheit werden müssen, daß die Schifffahrt auf dem Rheine bis ins Meer für Reise- und Schleppe-Dampfschiffe frei seyn muß, und daß endlich Luxemburg und Limburg beides deutsche Provinzen sind.

### Spanien.

† **Von der spanischen Gränze**, 1. Nov. Wehe den Besiegten! Es ist nun keinem Zweifel mehr unterworfen, daß die baskischen Provinzen ihre alten, eigenthümlichen Staatseinrichtungen verlieren, und in jedem Betrachte den übrigen spanischen Provinzen gleichgestellt werden sollen. In Madrid fand man ohnehin die Bestimmungen des Vertrags von Vergara sehr unbequem, und so gab denn die Theilnahme der Basken am letzten Aufstande ein willkommenes Mittel an die Hand, jenen Vertrag unerfüllt zu lassen. In Vittoria hat der Minister Facundo Infante ein langes Schreiben an den Regenten gerichtet, in welchem er unter Anderm sagt: es sey nun die Zeit gekommen, das Prinzip der verfassungsmäßigen Einheit in ganz Spanien durchzuführen, und ihr alle Institutionen zu unterwerfen, welche derselben bis jetzt noch im Wege gestanden. Zwar erstrebe die Regierung keine absolute Centralisation, welche die städtischen und provinziellen Interessen in das Joch des Bisfuss zwänge; aber eine administrative Einheit sey durchaus nothwendig, weil ohne diese gar keine Regierung möglich

sey. Der Minister sucht alsdann nachzuweisen, daß in den baalkischen Provinzen viele seitherige Einrichtungen den Bestimmungen der Konstitution zuwider liefen, daß sie Monopole zu Gunsten einer geringen Anzahl von Individuen einbüßten, und daß diese Monopole aufhören müßten, um der „konstitutionellen Einheit“ Platz zu machen. Namentlich sey es notwendig, die Mantlinie an die Gränze zu verlegen, wie das schon zur Zeit Philipp des Fünften und später der Fall gewesen sey. Auf dieses Schreiben des Ministers sich stützend, hat nun Spartero ein Dekret erlassen, dessen wesentlicher Inhalt in Folgendem besteht: Die politischen Corregidores in Biscaya und Guipuzcoa sollen künftighin den Titel politische Oberherren führen, diesen, so wie den unter ihnen stehenden Alkalden und städtischen Beamten, wird die Ausübung der Sicherheitspolizei anvertraut; die Ayuntamiento sollen dieselbe Einrichtung erhalten, wie sie im übrigen Spanien besteht, und die neugewählten Behörden am 1. Januar 1842 ihr Amt antreten. Die Generaldeputationen und Juntas der baalkischen Provinzen hören auf, und an ihre Stelle treten, laut Artikel 69 der Verfassung, Provinzialdeputationen. Bis diese eingeseht seyn werden, wird die Vertheilung der Aufgaben einer ökonomischen Kommission übertragen. Die gerichtliche Organisation soll künftig ganz dieselbe seyn, wie im übrigen Spanien. Vom 1. Dezember laufenden Jahres an, und wo möglich noch eher, wird die spanische Zolllinie bis ans Meer und die französische Gränze gerückt. — Noch bevor dieser Schlag die baalkischen Provinzen getroffen, hat Spartero auch ein Dekret zur Unterdrückung der Juntas erlassen, welche besonders in Katalonien alle Regierungsgewalt an sich gerissen hatten. Es fragt sich nun, ob man in Barcelona diesem Dekrete und der Autorität des Regenten Folge leisten wird. Die Stimmung in dieser Stadt ist sehr aufgeregter, und schon die geringste Veranlassung hinreichend, Unruhen zu erregen. Kürzlich wurde ein Stiergefecht gehalten; die sechs zum Dyer bestimmten Thiere waren dem zahlreich versammelten Publikum nicht feurig genug, es verlangte daher laut einen lebenden Stier, stürzte, als die Behörden keinen solchen stellten, wüthend in den Kreis hinab, stach das Thier nieder, mißhandelte die konstitutionellen Alkalden, welche die Ordnung aufrecht zu erhalten sich bemühten, und verübte Unfug aller Art, bis endlich ein Theil der Nationalgarde und eine Schwadron Husaren andrückte, um der Stiergefecht-Gemeinde ein Ende zu machen. — Van Halen ist mit seinen Truppen auf dem Rückmarsche nach Barcelona; die Zitadelle von Pampluna ist schon seit einiger Zeit von den Truppen Spartero's besetzt.

#### Frankreich.

Paris, 5. Nov. Ein großer Theil der süsfranzösischen Weinbauern dringt mit Heftigkeit darauf, daß die Regierung einen Handelsvertrag mit Belgien zu Stande bringe. Der Courier und heute das Siècle sagen, es sey hohe Zeit, weil Deutschland alle möglichen Schritte thue, um Belgien zu sich herüber zu ziehen. Der im heutigen Siècle enthaltene Aufsatz rühret aus der Feder des Hrn. Wolowsky her, der kürzlich mit einer Mission der Regierung in Deutschland und auch in Oesterreich reiste. Wegen eines solchen Handelsvertrages sind die französischen Eisenfabrikanten, die Steinkohlen-Besitzer, die Luchfabrikanten, die Manufakturisten in Mülhausen und Rouen. In der Kammer werden auch diese Gegenstände lebhaft besprochen werden; der ganze Fiers-parti, die Fraktion Odillon-Barrot, und auch ein Theil der Konservativen wollen um jeden Preis Belgien in die französische Sphäre ziehen, wie sie es bereits mit Holland angeregt haben. Deshalb dringt auch der Minister der öffentlichen Bauten, Hr. Leste, so lebhaft auf die Konstruktion eines großen französischen Eisenbahn-Systems, dessen Hauptpunkte bereits vom Ministerium festgesetzt sind, und der nächsten Kammer vorgelegt werden sollen. Der Bau der Eisenbahn nach der belgischen Gränze über Lille, um mit der Bahn von Brüssel über Mons bis Doleval zusammenzustößen, soll alsdann besonders schnell betrieben werden. Einen Theil der neuen französischen Anleihe bestimmt das Ministerium zu Eisenbahn-Anlagen. Daß der Vorschlag in den beiden Kammern durchgehen wird, unterliegt wohl keinem Zweifel; nur werden sich mehr Schwierigkeiten bei der Bildung der Gesellschaften, bei der Frage über die Art und Weise der Garantie des Staats, und endlich in den Konflikten zwischen den Zivil- und Regierungsingenieuren finden. Hr. Legend, der im Ministerium der Staatsbauten als Unter-

Staatssekretär an der Spitze dieser Bauten steht, und als praktischer Mann neben dem Minister Leste, der als Advokat wenig spezielle Kenntnisse des Gegenstandes besitzt, einen großen Einfluß ausübt, ist ganz der Anhänger eines Systems, wobei dem Staate die Leitung der Eisenbahn-Anlagen überlassen bliebe, und den Gesellschaften nur eine sehr bedingte Mitwirkung zu Theil werde. — In dem größten Glücke ist hier dieser Tage die 83jährige Schwester Marat gestorben. Sie bewohnte ein ärmliches Zimmer in der Straße Barillière. Vier mitleidige Nachbarn geleiteten die Leiche zur letzten Ruhestätte. Die Schwester Marats hatte nichts Weibliches in ihrem Wesen; ihre Beschäftigungen, ihre Gewohnheiten, ihre Haltung war männlich. Auch ihre Gesichtszüge hatten große Ähnlichkeit mit denen ihres terroristischen Bruders. Sie ernährte sich Jahre lang durch die Verfertigung von Uhrenzeigern. Als sie zuletzt nicht mehr arbeiten konnte, lebte sie kümmerlich von Unterstützungen bis zu ihrem Tode. Der Leichenwagen für Arme führte sie nach dem Kirchhofe. — Was in deutschen Blättern von einer Freigebung des Prinzen Ludwig Napoleon erzählt wurde, ist gänzlich ungegründet. Da der junge Prinz seine Bräutereienschaft keineswegs aufzugeben gesonnen ist, so wird er seine Gefängniszeit in Ham vollends absitzen. — Lammennais wird im kommenden Januar ein Jahr in St. Pelagie hinter sich haben. Das Urtheil lautete auf ein Jahr; er wird also zu Anfang des Jahres 1842 seine Freiheit wiedergewinnen. Seine Gesundheit ist schwächlich, und sein Gemüth niedergedrückt. — Die Gräfin Regentin von Spanien, welche bekanntlich in geheim vermählt ist, besand sich seit einiger Zeit wieder in gesegneten Umständen. Der Zeitpunkt eines Restaurationversuchs wäre also auch in dieser Hinsicht von ihren Anhängern sehr unstatthaft gewünscht worden. Muñoz befindet sich nicht zu Paris im Gefolge der Königin. Heute sprach man von erfolgter Einbindung derselben.

#### Rußland.

Petersburg, 19. Okt. Die letzten 6 bis 7 Jahre ist die Arnte so schlecht ausgefallen, daß unser ganzer Handel dadurch gelitten hat, und die diesjährige, endlich gute, als eine wahre Segnung des Himmels angesehen worden ist. Aber auch andere Umstände außer dem Getreidehandel haben in den ersten Monaten des Jahres, namentlich in Moskau vom Januar bis April, bei uns in Petersburg weniger, eine wirkliche Handelskrise hervorgeufen. In Moskau allein haben in den benannten Monaten gegen 160 Häuser verschiedenen Ranges fallirt. Das ganze Kapital belief sich auf mehr, als 50 Millionen Rubel Banko. Hier in Petersburg sind auch einige Häuser mit fortgerissen worden, aber der Centralpunkt der Krise blieb Moskau. Die Handelsstockung war also in ganz Rußland bedeutend und der Mangel an Geld überaus fühlbar. Glücklicher Weise hat diesem traurigen Zustande die im August gedaltene berühmte Messe von Nischnei-Novgorod mehr oder minder ein Ende gemacht. Die Messe ist glänzend ausgefallen. Gegen 300,000 Käufer und Verkäufer waren zugegen, der Tauschhandel bedeutend, namentlich mit Karawanenher, Pelzwerk, und Austausch russischer Manufakturgegenstände gegen asiatische und namentlich chinesische Produkte. — Man spricht in unsern Zirkeln von einer kaiserlichen Ukase, die bald das Tageslicht erblicken soll, und vermittelst deren ein scharfes Geßetz über Bankerotte zu erwarten sey. Dieser Ukase zufolge sollen in Rußland hinfüro alle Fallimente, die den Gläubigern nicht 40 Proz. liefern, als fraudulöse betrachtet und bestraft werden, und die Schuldner als gemeine Soldaten beim Militär untergestellt, oder nach Sibirien geschickt werden. Andere stellen jedoch die Sage in Abrede, wenn auch der Anseh der Bankerottirend unstreitig eine schärfere Bestrafung, als bisher, erheischt. — Was die Hoffnungen betrifft, die man in Deutschland, und namentlich in den ostpreussischen Provinzen, hin und wieder über eine Wiedereinrichtung der russischen Gränzsperrre ausgesprochen, so ist keine Abhilfe dieser Hemmung zu erwarten. Der Finanzminister, Graf v. Cancrin, der bereits zu Anfang Oktobers hierher zurückkehrte, und seit dem 13. seine Verwaltung übernommen hat, ist ein entschiedener Anhänger jenes Systems, und obwohl man sich in Berlin und anderer Orten lebhaft bemühte, ihn anders zu stimmen, auch jetzt noch der Vorseher für Aufrechterhaltung der Gränzsperrre, welche so unglücklich auf den ostpreussischen Provinzen lastet.